Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in unser Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 3gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Meißen.

Nr. 105. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Donnerstag den 7. Mai 1925

Amerikas Friedensruf.

Der amerikanische Botschafter Houghton in London hat einen Ruf und eine Mahnung zum Frieden in Europa ertönen lassen.

„An den Kriegen der europäischen Mächte, an Angelegenheiten, die sich auf sie selber beziehen, haben wir niemals Anteil gehabt, noch verträgt es sich mit unserer Politik, das je zu tun." Diesen Satz hat vor mehr als hundert Jahren der amerikanische Präsident Monroe als Inhalt der amerikanischen Europapolitik bezeichnet, die also einen wesentlich negativen, zurückhaltenden Charakter hatte, und 95 Jahre lang hat man an dieser Politik festgehalten, bis im Jahre 1917 Wilson mit ihr brach. So endgültig brach, daß die Beteiligung Amerikas am europäischen Kriege die Vereinigten Staaten auch hineinbezogen hat in die Folgen, die dieser Krieg zeitigte. Noch einmal wurde der vergebliche Versuch gemacht, sich für uninteressiert zu erklären an der Entwicklung der Nachkriegszeit, indem man die Ratifizierung der Unterschrift ablehnte, die Wilson unter den Frieden von Versailles gesetzt hatte. Das dauerte nur ein paar Jahre, konnte auch nicht länger dauern, weil der Wiederaufbau der Alten Welt ohne die tätige wirtschaftliche Mithilfe Amerikas als des eigentlichen und einzigen wirklichen Kriegsgewinners ganz undenkbar war. Das hat man schließlich auch in Amerika zugeben müssen und die neue Ära der amerikanischen Europapolitik wurde angekündigt durch eine Rede des Staatssekretärs Hughes in Newhaven Ende 1922. Der Ruhreinbruch kam; die imperialistische Machtpolitik Frankreichs schien eine Neuordnung Europas nur in der Festlegung der französischen Oberherrschaft auf dem Kontinent zu erblicken. Da kam der Vorstoß Amerikas mit dem Sachverständigen-Gutachten und all dem, was hernach folgte: die Bereinigung der wirtschaftlichen Atmosphäre, die endgültige Regelung der Reparationsleistungen Deutschlands.

Aber noch ist die politische Atmosphäre auf dem alten Kontinent alles andere als gereinigt, sind die imperialistischen Pläne Frankreichs stärker denn je am Leben und stellen sich einer wirklichen Befriedung Europas entgegen. Die Verhandlungen zwischen den vier großen Ententemächten und Deutschland sind infolge französischer Intrigen ins Stocken geraten, und die Rede, die der neue amerikanische Botschafter in London Houghton soeben vor der anglo-amerikanischen Pilgrimsgesellschaft gehalten hat, ist eine einzige große Mahnung an Frankreich. Nach einem Rückblick auf die Fortschritte, die das Eingreifen Amerikas im vergangenen Jahre herbeigeführt habe, geht er in der ungenierten Art amerikanischer Diplomaten mit unverblümten Worten auf die Schwierigkeiten ein, „die noch überwunden werden müßten und die fast ebenso groß seien wie die Schwierigkeiten, die bereits überwunden sind." Houghton erklärte grundsätzliche Bereitwilligkeit Amerikas, auch weiterhin Europa zu helfen, aber die Voraussetzung dafür sei, daß Europa endlich zu einem Zustand gelangt, der frei von Kriegsgefahren sei. Natürlich, Amerika kann einen Krieg in Europa weniger denn je gebrauchen, und die Worte des Botschafters sind nun vor allem dahin zu verstehen, daß eine Kriegsgefahr in Europa die bei uns investierten amerikanischen Werte gefährden, also das Geschäft stören würde; an irgendwelchen amerikanischen Idealismus zu glauben, erübrigt sich wohl. Die Beseitigung der Kriegsgefahr sei aber die Voraussetzung für die bisherige Hilfe gewesen, sie bleibe das auch für die Zukunft. Dabei müßte nun endlich eine Entscheidung gefällt werden, müßte das amerikanische Volk eine Antwort erhalten, und zwar „von den Feldherren Europas, die allein die maßgebliche Entscheidung treffen können". Wer damit gemeint ist, wird man in Paris wohl recht genau wissen. Und man wird denn auch wissen, worauf Houghton anspielt, wenn er sagt: „Wenn, was Gott verhüten möge, die Antwort weiterhin verwirrend und zweifelhaft ausfällt, dann befürchte ich, daß die jetzt im Gange befindlichen Verfahren und Aktionen, Europa zu helfen, ihren unvermeidlichen Abschluß finden werden." Ausdrücklich aber sagt Houghton, daß Amerika sich in die Regelung dieser Sicherungsverhandlungen nicht hineinmischen werde; das sei lediglich Aufgabe Europas, ein Standpunkt, den die amerikanische Politik übrigens immer festgehalten, in der Praxis aber, beispielsweise auf der Londoner Konferenz, durch mehr wie deutliche Drohungen finanziell-wirtschaftlicher Art abgeändert hat.

Und Houghton wird immer deutlicher: nicht ein Frieden soll geschaffen werden, der durch die Gewalt herbeigeführt wird und der daher nur der Vorläufer eines neuen Krieges sein kann, sondern ein Frieden, der alle Merkmale der Dauer in sich trägt, ein Frieden, der die moralische Unterstützung der ganzen Menschheit verdient und erhalten wird, weil er gerecht ist. Gibt es eine schärfere Verurteilung des Versailler Friedens als diese Worte des amerikanischen Botschafters? Noch deutlicher wird er: Ein solcher Frieden könne nur nach einem Verfahren zustande kommen, er müsse nämlich darauf aufgebaut sein, daß alle Beteiligten sich gegenseitig den guten Glauben zubilligen; in dem Umfange, in dem man diesen guten Glauben ausschaltet, fördere man den Mißerfolg.

Es ist also wohl nicht zuviel gesagt, wenn man in diesen Ausführungen Houghtons die Spitze gegen Frankreich deutlich spürt. Fast konnte man damit rechnen, daß nach der bisherigen amerikanischen Methode eine Mahnung an die Länder der europäischen Politik erfolgen würde, als es klar wurde, daß die Pariser Hemmungen eine Befriedung Europas zu verhindern scheinen. Man wird die Mahnung in Paris verstehen und zähneknirschend sich daran erinnern, daß Amerika die Mittel hat, ohne jede kriegerische Drohung seinen Mahnungen Nachdruck zu geben.

Sinowjew und die deutsche Reichspräsidentenwahl.

Moskau, 6. Mai. Auf der Konferenz der Kommunistischen Partei in Moskau teilte Sinowjew in einem Bericht über die Aufgaben der Kommunistischen Internationale mit, daß die Executive der Kommunistischen Internationale den deutschen Kommunisten vor der Reichspräsidentenwahl geraten habe, ihre Stimmen den sozialdemokratischen Kandidaten zu geben, um die Wahl Hindenburgs zu verhindern. Sinowjew vertrat die Auffassung, daß England die Reichspräsidentenschaft Hindenburgs dazu benutzen werde, um Deutschland für eine sowjetfeindliche Einstellung zu gewinnen.

Die verschleppte Antwortnote an Deutschland.

Berlin, 6. Mai. Der Lokalanzeiger meldet aus London: Wie an zuständiger Stelle verlautet, ist der hiesige deutsche Botschafter beauftragt worden, bei den Verbündeten offiziell den Wunsch auszusprechen, die Antwort auf die deutsche Militärkontrollnote möglichst zu beschleunigen.

Französisch-russische Unterhandlungen.

Paris, 6. Mai. Das Auswärtige Amt veröffentlicht einem amtlichen Bericht über den Stand der französisch-russischen Verhandlungen. Die französisch-russische Kommission ist am 23. und 25. April zusammengetreten. Außerdem erfolgte ein Notenwechsel. In der Hauptsache handelt es sich darum, den genauen Betrag der zaristischen Schulden gegenüber den französischen Wertpapierinhabern zu ermitteln. In ihrer nächsten Sitzung wird die Kommission die Feststellungen vergleichen und eine statistische Tabelle zu den französisch-russischen Schuldenverpflichtungen aufstellen. Die Kommission hat daher beschlossen, den Betrag der russischen Guthaben in Frankreich nachzuprüfen.

Frieden an der indischen Grenze.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

London, 6. Mai. Abdur Rahmann Rehl, der Führer der letzten der Mahsur-Stämme, gegen die die englischen Luftstreitkräfte bisher operiert haben, hat sich den Bedingungen der indischen Regierung gefügt. Damit ist der Frieden an der indischen Grenze wieder hergestellt worden.

Aufleben des brasilianischen Aufstandes.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes"

Paris, 6. Mai. Aus Buenos Aires wird gemeldet, daß sich die brasilianischen Aufständigen, die sich vor den Regierungstruppen nach Paraquay zurückgezogen hatten, jetzt wieder den Vormarsch beginnen und den südlichen Teil des Staates Matto Großk bedrohen. Die Regierung von Paraquay hat Verstärkungen gesandt, denen es gelungen ist, die Aufständischen zu stellen. Es kam zu einem heftigen Gefecht, in dem die Aufständigen schwere Verluste an Toten und Verwundeten hatten.

Ein Bergwerksunglück in Schottland.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes"

London, 6. Mai. Infolge eines Kabelbruches stürzte ein Förderkorb mit Bergleuten in einen Schacht in Carluke. Vier Arbeiter wurden getötet.

Die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt.

Kredithilfe für die Landwirtschaft.

Dem Reichstag ist der Gesetzentwurf über die Errichtung der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt zugegangen. Es handelt sich um die Errichtung des bereits in den Dawes-Gesetzen vorgesehenen zentralen landwirtschaftlichen Kreditinstituts. Die Rentenbank-Kreditanstalt hat die Aufgabe, die Landwirtschaft mit Realkredit, mit Meliorations- und Siedlungskredit sowie mit Personalkredit zu versorgen, mit letzterem für eine bestimmte Übergangszeit, die in der Satzung bis Ende 1931 bemessen ist.

Zur Kreditgewährung

dienen die Eigenmittel der Rentenbank-Kreditanstalt, der auch laufend der den Betrag von 60 Millionen Mark überschießende Teil der jährlichen Rentenbankgrundschuldzinsen bis zum Betrage von 25 Millionen Mark jährlich für die auf etwa 7 Jahre bemessene Dauer der Liquidation der Rentenbankscheine zufließen soll. Die Rentenbank-Kreditanstalt soll nicht unmittelbar mit den kreditnehmenden Landwirten in Verbindung treten, sondern lediglich die die Landwirtschaft versorgenden Kreditinstitute mit Kreditmitteln speisen.

Die Weiterleitung der Realkredite

erfolgt an die den Realkredit pflegenden Institute öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Natur (Landschaften, öffentliche Kreditanstalten, öffentliche Sparkassen, Hypothekenbanken).

Der Verwaltungsrat

soll in Anlehnung an den Verwaltungsrat der Deutschen Rentenbank gebildet werden. Wie bei letzterem sollen 11 Vertreter der landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen Mitglieder des Verwaltungsrates sein. Diesen Mitgliedern soll eine bestimmte Anzahl vom Reichsrat bestellter Personen hinzutreten.

Der Reingewinn

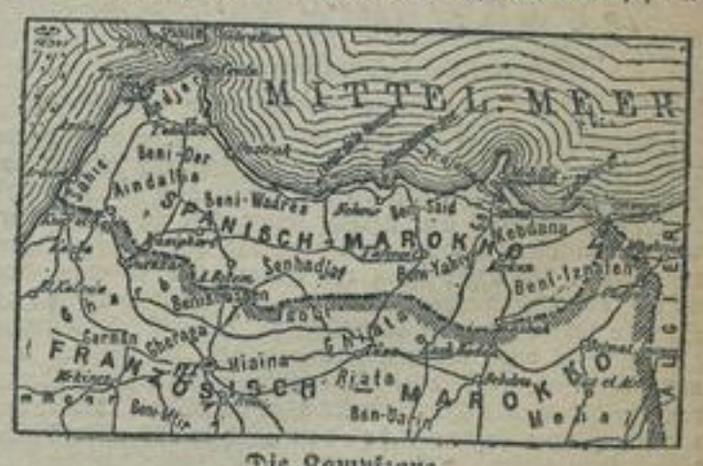
soll nach den Bestimmungen des Reichsrats an das Reich zur Weiterleitung an die Länder zwecks Finanzierung landwirtschaftlicher Zwecke fließen, während die Vorlage der Reichsregierung vorsieht, daß über die Verwendung des Reingewinns die Anstaltsversammlung der Rentenbank-Kreditanstalt mit Genehmigung der Reichsregierung zu beschließen hat. Für die Landwirtschaft, die nach den Dawes-Gesetzen die Lasten der Liquidierung und Einziehung der Rentenbankscheine im Wege der Verzinsung der Rentenbankgrundschuld auf sich genommen hat, soll durch die Errichtung der Rentenbank-Kreditanstalt ein Weg eröffnet werden, den laufenden Kreditbedarf durch Gewährung von Personalkredit zu erleichtern und einen Teil der schwebenden Schuld durch Inanspruchnahme von langfristigem Auslandskredit in langfristigen Realkredit zu überführen.

Blutige Kämpfe in Marokko.

Marschall Lyautey an der Front.

Die militärischen Operationen in Französisch-Marokko in der Nähe des Rifgebietes haben bereits zu schweren und andauernden Kämpfen der westlichen Kampfgruppe des Generals Colombat mit den Riffabylen geführt. Die Operationen gestalten sich sehr schwierig, da die französische Front sich über 400 Kilometer erstreckt und die Verbindung in dem gebirgigen Gelände sich nur mit Mühe aufrechterhalten läßt. Auch haben sich die Riffleute als militärisch nicht zu unterschätzende Gegner erwiesen. Sie verfügen auch über Flugzeuge, die den Franzosen bereits großen Schaden zugefügt haben.

Marschall Lyautey ist in Fez angekommen, um dem Operationsgebiet näher zu sein. Er hat an drei Punkten seiner ausgedehnten Kampflinie größere Truppenmengen konzentriert, die zum Angriff bestimmt sind. Davon ist die westliche Gruppe des Generals Colombat bereits in schwere Kämpfe verwickelt worden, während im Zentrum und an der Ostfront, wo man von der ersten französischen Postenkette noch am weitesten entfernt ist, noch Ruhe zu herrschen scheint. Doch werden bereits starke Kräfteansammlungen der Riffabylen vor dem französischen Zentrum gemeldet.



Die Kampfzone.

Nach einer aus französischer Quelle stammenden Meldung wurde die Stellung bei Audur nach heftigen Kämpfen von den Kabylen gesäubert, die 50 Tote, zahlreiche Gefangene und Waffenmaterial hinterließen. Die Kämpfe dauern fort.

Ministerpräsident Painlevé hat im Namen der französischen Regierung an Marschall Lyautey ein Telegramm gesandt, in dem die Regierung ihm den Ausdruck ihres absoluten Vertrauens übermittelt.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF